

Joachim Bischoff, Hasko Hüning, Christoph Lieber

Von der neoliberalen zur sozialistischen Gouvernamentalität Anforderungen an eine Rifondazione der Linken

Der Transformationsprozess der deutschen wie der europäischen Sozialdemokratie geht mit einem Um- und Neugruppierungsprozess der politischen Linken insgesamt einher. Der Versuch der neuen Sozialdemokratie, eine Kombination von globalisierungsbezogener Modernisierung und einer neuen Form sozialer Gerechtigkeit politisch umzusetzen, läuft auf eine massive Belastung der eigenen politischen Organisation (Mitgliederverluste und rückläufige Wählerzustimmung) hinaus und ermöglicht den verschiedenen linken Kräften einen erweiterten Handlungsspielraum. Allerdings: Auch die Entwicklung der globalisierungskritischen Bewegungen in den letzten Jahren, die in den einzelnen europäischen Metropolen unterschiedliche Konstellationen im Verhältnis zu sozialistischen, reform- und postkommunistischen Gruppierungen ausgeprägt hat, hat noch zu keiner einigermaßen stabilen Formation auf der politischen Linken jenseits der Sozialdemokratie geführt. Zugleich erweisen sich die Verselbständigung und Abgeschottetheit des politischen Feldes gegenüber sozialem Protest, der auf Grund der brüchigen Hegemonie des Neoliberalismus in den meisten europäischen Ländern zu konstatieren war, als Hindernis für eine Umgruppierung der politischen Linken.

In Deutschland, wo der Transformationsprozess der deutschen Sozialdemokratie, ihre europäische Vorreiterrolle in der Zerstörung des rheinischen Kapitalismus sowie der Bruch mit den Gewerkschaften zu einer Aufspaltung bislang gegebener politischer Kräfteverhältnisse geführt haben, ist mit der Entstehung eines Linksbündnisses und einer weiteren Transformation einer postkommunistischen Partei die Möglichkeit einer „Neuerfindung der politischen Linken“ gegeben. In ihren Reformvorstellungen und Vorschlägen zur Gesellschaftsveränderung war die sozialistische/(post)kommunistische Linke jenseits der Sozialdemokratie lange Zeit auf eine jakobinisch-etatistische Politikkonzeption fixiert. Eine Erneuerung mit Rückgriff auf Gramscis Analyse eines zivilgesellschaftlich „erweiterten Staates“ kam über Ansätze nicht hinaus. Eine einfache Fortführung ist aber ebenso schwierig, da heute die Auswirkungen neoliberaler Freiheitsideologie und die folgenreichen Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise in Rechnung gestellt werden müssen. Ist eine gouvernementale Vernunft einer modernen Sozialismuskonzeption möglich?

Vom Fordismus zu einer politischen Ökonomie der Unsicherheit

Den Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation in den letzten Jahrzehnten bildet die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt sich einzelwirtschaftlich in eine Hegemonie des Shareholder Value um, was zu einem beschleunigten Umbau der Unternehmenslandschaft und zu einer Ausweitung der Finanztransaktionen führt. Neben den Folgewirkungen für die Verteilungsverhältnisse und der chronischen Schädigung des Sektors der Binnenwirtschaft, vermittelt über stagnierende und rückläufige Massenkaukraft und einen ruinösen Wettbewerb der kleineren und mittleren Unternehmen, verschlechtern die herrschenden Eliten durch die Privatisierung von öffentlichen Einrichtungen und die Verminderung der öffentlichen Investitionen weiter die Rahmenbedingungen für eine gesellschaftliche Steuerung des Reproduktionsprozesses. Politisch umgesetzt wird dieser neoliberale Rückbau des Sozialstaates und die Entfesselung des Kapitalismus in klassenübergreifenden Allianzen zwischen Lohnarbeit und Kapital. Das bürgerliche Lager behält in diesem Erosionsprozess selbst keine strukturelle Hegemoniefähigkeit und wird zunehmend inkonsistent. Neoliberale Politik zielt auf eine politisch gewollte Veränderung der Einkommensverteilung. Mit jedem Schritt in diese Richtung verstärkt sich der Verdrängungswettbewerb der Kapitale, der Versuch der Behauptung und Erweiterung ihrer individuellen Marktanteile. Durch die einsetzende Abwärtsspirale radikalisieren sich die Vertreter neoliberaler Politik. Im Laufe der Verallgemeinerung und Radikalisierung neoliberaler Politik verändert sich vor allem auch die Sozialdemokratie. Wir sind mit einem schleichenden Übergang der Sozialdemokratie von einer Sozialstaatspartei hin zu einer Formation der „Neuen Mitte“ konfrontiert, die sich einer sozial abgedeckelten neoliberalen Angebotspolitik verpflichtet weiß. „Im deutschen Parteienspektrum erweist sich die SPD als politische Förderin des Finanzmarktkapitalismus, die kooperative, koordinierende und deshalb marktbegrenzende Beziehungen zwischen Unternehmen aufzubrechen sucht und ... für kapitalmarktorientierte Reformen steht“ (Höpner 2005: 197).

Dies befördert die gegenwärtige Rückkehr einer Ökonomie der Unsicherheit. Das Regulationssystem des Nachkriegskapitalismus hatte einen spezifischen Unterbau, eine fordistisch-tayloristische Betriebsweise des Kapitals. Die beschleunigte Akkumulation des Kapitals schlug sich in hohen wirtschaftlichen Wachstumsraten nieder; ohne breitere Partizipation der Lohnabhängigen und die erfolgreiche Erweiterungen sozialer Rechte wäre die innere Landnahme des Kapitals (Lutz 1984, Streeck 2005) so nicht zustande gekommen. „Die Macht der Großunternehmen, eine standardisierte Arbeitsorganisation und mächtige Gewerkschaften sorgen für die Dominanz dieser kollektiven Regulierungsformen. Die Arbeiter, die sich zu großen Verbänden zusammenschließen und

von ihnen vertreten werden, beugen sich den Anforderungen des sich entwickelnden Industriekapitalismus und profitieren im Gegenzug von umfassenden Sozialleistungen auf der Basis stabiler Beschäftigungsbedingungen ... Die beiden Pfeiler, auf denen die kollektiven Sicherungssysteme erreicht wurden – der Staat und die homogenen sozioprofessionellen Gruppen –, beginnen nun seit den 70er Jahren brüchig zu werden“ (Castel 2005: 55).

Der Übergang von den fordistisch geprägten Sozialstrukturen im 20. Jahrhundert hin zur Flexibilisierung und Prekarisierung der gesellschaftlichen Arbeit schlägt sich in einer politischen Ökonomie der Unsicherheit nieder, deren Auswirkungen in allen Bereichen der Gesellschaft nachweisbar sind.

Zugespitzt lautet die These: Die soziale Sicherheit und der soziale Zusammenhalt fallen der Flexibilität zum Opfer. „Die soziale Unsicherheit schafft nämlich nicht nur Armut. Wie ein Virus, der das Alltagsleben durchdringt, die sozialen Bezüge auflöst und die psychischen Strukturen der Individuen unterminiert, wirkt sie auch demoralisierend, als Prinzip sozialer Auflösung. Sie zersetzt den Charakter, wie es bei Richard Sennett in anderem Zusammenhang heißt. Sich in einer Situation ständiger Unsicherheit zu befinden bedeutet, weder die Gegenwart meistern noch die Zukunft positiv gestalten zu können.“ (ebd. 38) Diese Unsicherheit wird mit der Informalisierung von Arbeit, Geld und Politik globalisiert (Altvater/Mahnkopf 2002).

Auf der anderen Seite wäre es aber verkürzt, die Auflösung der fordistisch-tayloristischen Betriebsweise nur als negativen, den Lohnabhängigen aufgezwungenen Prozess zu interpretieren. Die Veränderung im System gesellschaftlicher Lohnarbeit – Qualifizierung, Vermarktlichung, Entgrenzung (Sauer 2005a) – hat für Teile der Beschäftigten auch durchaus positive Aspekte. Die „Öffnung“ der hierarchisch strukturierten Arbeitsorganisation setzt auch subjektive Entfaltungspotentiale frei. Die Ambivalenz der Arbeitsorganisation ändert sich erheblich. „Die Subjektivität der Beschäftigten – ehemals Störfaktor und oft illegale Kompensationsfunktion – wird jetzt zu einem produktiven Faktor und zu einer expliziten Aufforderung: Das Prinzip der Selbstorganisation soll die Beschäftigten zu unternehmerischen Handeln auffordern, d.h. sie sollen den Einsatz ihrer Arbeitskraft, ihre Leistungsverausgabung und auch die Rationalisierung ihrer Arbeitsprozesse selbst steuern“ (Sauer 2005b: 7). „Führe Dich selbst“ appelliert dabei an ein erforderliches verändertes Verhalten und Handeln der Subjekte in allen gesellschaftlichen Bereichen, auch und gerade der Lohnabhängigen. Selbstführung, Selbststeuerung, Selbstorganisation und Empowerment – oder wie auch immer die Charakterisierungen dieses geforderten neuen Arbeitnehmertypus, des sog. Arbeitskraftunternehmers lauten mögen – sind Reaktionen und Folgen neuer Bedingungen und Strukturen der Lohnarbeit.

Die neoliberale Veränderung des Kapitalismus steht auch für erweiterte Spielräume von Individualitätsentwicklung, freilich mit einer erheblichen Ambiva-

lenz und Verletzbarkeit. Der veränderte Zugriff auf die Leistungspotentiale des lebendigen Arbeitsvermögens zielt auf eine erweiterte „innere Landnahme“, d.h. die Ausweitung der Marktgesellschaft auch auf Bereiche von Bildung, Gesundheit, und öffentliche Dienstleistungen. Die im Produktionsprozess abgeforderte und entwickelte Selbstorganisation bleibt eben nicht nur auf die Steuerung der Verausgabung der eigenen Arbeitskraft im Unternehmen (Arbeitskraftunternehmer) beschränkt, sondern wird auch auf andere gesellschaftliche Bereiche übertragen, beziehungsweise dort als Einstellung abgefordert. Die Zweischneidigkeit der Entwicklung von Produktivität und Individualität erhält eine neue Ausprägung.

Ohne Zweifel gibt es soziale Gruppierungen von Lohnabhängigen, die von der Tendenz zur Selbstorganisation und den größeren Individualitätsspielräumen in und außerhalb der Arbeit angesprochen sind. Deren Entwicklung von Fähigkeiten und Kompetenzen korrespondieren mit Ansprüchen, auch mit Blick auf die sonstigen gesellschaftlichen Sektoren individuell ausgerichtete Dienste und Absicherungen kaufen zu können. Es gibt ohne Zweifel Gewinner der Flexibilisierung und somit breitere soziale Schichten, die sich von dem Gesellschaftsbild der Neoliberalen angesprochen fühlen. Die Trennlinie zwischen Gewinnern und Verlierern der Entfesselung und Flexibilisierung des Kapitals verläuft „entlang der objektiven Ressourcen und der organisatorischen Basis, auf die sich die Individuen stützen können, um mit diesen neuen Situationen zurecht zukommen ... Diejenigen, die über kein wirtschaftliches, kulturelles oder auch gesellschaftliches Kapital verfügen sind auf kollektive Sicherungsformen angewiesen“ (Castel 2005: 64f.).

Neoliberale Gouvernamentalität

Die Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals seit Ende der 1970er Jahre und verstärkt in den 1990er Jahren lassen das politische Feld und staatliche Strukturen nicht unberührt. In solchen Transformationsperioden wird die „Staatsfrage“ wieder aktuell, und zwar sowohl im bürgerlichen Lager wie auf Seiten der politischen Linken.¹ In allen kapitalistischen Hauptländern hatte sich ein Block sozialer Kräfte formiert, der in der Deregulierung und Privatisierung sozialstaatlicher Steuerungen einen erneuten Durchbruch zur Dynamisierung der Kapitalakkumulation sah. Die Rückkehr zu einem sich selbst entwickelnden und regulierendem System von Marktkräften basiert auf der Ablehnung staatlicher Interventionen.

Diese negative Einstellung zu den öffentlich-staatlichen Angelegenheiten ist

1 Das Ende von Rot-Grün und die Neuformierung der Linken in Deutschland markiert in ähnlicher Weise eine Zäsur, anlässlich derer Elmar Altvater dazu aufruft: „Wir müssen ... Staatstheorie betreiben und uns mit den Traditionen der Parlamentarismuskritik beschäftigen“, und als bleibende Aufgabe der Linken zehn Lektionen Staats- und Parlamentarismuskritik formuliert (Altvater 2005: 4).

nicht neu. Auch Keynes setzte sich zu Beginn des krisenhaften Übergangs zum Fordismus in der Zwischenkriegszeit im Zuge seiner veränderten Sichtweise auf die Freihandelsdoktrin des 19. Jahrhunderts mit der gesellschaftspolitischen Strategie des „Laissez-Faire“ auseinander: Der Liberalismus müsse zunächst im Kontext der Auseinandersetzung mit den politischen Strukturen des untergehenden Feudalismus gesehen werden. Erst später trat die Ideologisierung hinzu, dass staatliche Regulation mit einer Ressourcenvergeudung verknüpft sei. „Die eigentliche Absicht ... war die Entthronung von Monarchie und Kirche“ (Keynes 1926: 97). Die Wirkung der Festigung von Eigentumsrechten und Rechtsstaatlichkeit wurde zur Grundlage einer „Staatsphobie“. „Zu der philosophischen Lehre, dass der Staat kein Recht zur Einmischung habe, und zu dem göttlichen Wunder, dass er es gar nicht nötig habe, sich einzumischen, gesellt sich ... der wissenschaftliche Nachweis, dass seine Einmischung gar nichts nutzt“ (ebd. 98). Gleichwohl zeigt sich für Keynes in der wirklichen Entwicklung wie der theoretischen Auseinandersetzung, dass die Verknüpfung von aufgeklärtem Egoismus und Gemeinwohl nicht zu halten ist. Die gesellschaftlichen Probleme legen einen Bruch mit der „neoliberalen“ Sichtweise nahe: „Es ist vielleicht die wichtigste Aufgabe der heutigen Nationalökonomie, von neuem zwischen den *Agenda* und den *Non-Agenda* des Staates zu unterscheiden; parallel damit geht die Aufgabe der Politik, im Rahmen der Demokratie Staatsformen zu finden, welche der Übernahme der *Agenda* gewachsen sind“ (ebd. 111). Keynes schwebte dabei die „Entwicklung und Anerkennung halb-autonomer Körperschaften im Rahmen des Staates“ vor – also der Ausbau zivilgesellschaftlicher Strukturen.²

Dieser Vorschlag, halb-autonome Körperschaften als Träger des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses einzusetzen, ist vor dem Hintergrund der damaligen Entwicklung der Kapitalgesellschaften zu sehen. Keynes ging wie die Mehrheit der Ökonomen davon aus, dass Aktiengesellschaften sich zunehmend vom Charakter des Privatunternehmens entfernen und sich dem Status einer öffentlichen Körperschaft annähern. Die Partizipation der Aktionäre am Unternehmenserfolg würde damit zum sekundären Vorgang. „Sobald dieser Punkt erreicht ist, legt die Verwaltung größeren Wert auf die allgemeine Stabilität und das Ansehen der Institution als auf die höchstmöglichen Gewinne für die Aktionäre“ (ebd. 112). Aus der spezifischen Machtstruktur in den Kapitalgesellschaften leitet Keynes ab:

2 In diese Konzeption ordnete sich auch Keynes' Vorschlag für eine Politik wachsender nationaler Selbstgenügsamkeit ein, die „nicht als ein Ideal an sich betrachtet werden (muß), sondern als ein Mittel zur Schaffung einer Atmosphäre, in der andere Ideale sicher und bequem verfolgt werden können“ (Keynes 1933: 157). Keynes verkörpert damit innerhalb des bürgerlichen Lagers gegenüber einem radikalisierten Liberalismus einen „Dritten Weg“, nicht unähnlich Gramscis Stellungskrieg. Auf dem „langen Marsch“ zum Neoliberalismus gelang es aber insbesondere in der Frage des Staatsinterventionismus den Keynesianismus weitestgehend von der liberalen Landkarte zu verbannen (vgl. dazu Nordmann 2005).

- Der Einfluss der Aktionäre, der über die Entgegennahme angemessener Dividenden hinausgeht, ist gleich null;
- Der Kampf gegen den unbeschränkten Privatprofit ist nurmehr im Einzelfall sinnvoll;
- In bestimmten Wirtschaftsbereichen ist die Verteilung des Ertrags kein brennendes Problem mehr; über die politische Willensbildung in der Gesellschaft könnte eine gesellschaftliche Steuerung erreicht werden, ohne dass private Initiative und privater Unternehmungsgeist angetastet würden;
- Schließlich könnten überhaupt die Verwendung der Ersparnisse und die Kapitalanlagen einer gesellschaftlichen Steuerung unterworfen werden.

In dieser Sichtweise eines „organisierten Kapitalismus“, die bis in die Zwischenkriegszeit hinein von der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbewegung geteilt wurde, schien das Kapital durch diese neuen Organisationsformen einen Zivilisierungsprozess zu durchlaufen. Aber „mit der Weltwirtschaftskrise und der Barbarei der faschistischen Bewegung wurde offenkundig, dass der organisierte Kapitalismus eben nicht die Vorstufe für eine geplante und gesteuerte Ökonomie war. Das tiefsitzende Misstrauen gegenüber dieser Vorstellung wurde durch den Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften aktualisiert. Die Sozialdemokratie hat aus historischen Erfahrungen und grundlegenden Theoriedefiziten heraus aber keine erneuerte tragfähige Konzeption der gesellschaftlichen Kontrolle des Kapitals und der Steuerung der Investitionen entwickelt und wurde insofern mit den wachsenden Widersprüchen der Kapitalakkumulation und des Sozialstaates in Richtung einer neoliberalen Gesellschaftskonzeption gedrängt“ (Bischoff 2005: 21f.).

Auch *Gramsci* sah in dem Transformationsprozess zum Fordismus den Staat als den „großen Rationalisierer“, der dabei als „integraler Staat“ nicht nur die staatlichen Institutionen im engeren Sinne, sondern auch die Kasematten und Bollwerke der Zivilgesellschaft umfasst. Bei einer solchen Anordnung des politischen Feldes im Fordismus ergab sich für die Lohnabhängigen immer wieder die Möglichkeit, in sozialen Kämpfen über den Staat auf das Kapital einzuwirken und Veränderungen und Erweiterungen ihrer ökonomischen und politischen Position als asymmetrische Klassenkompromisse gesetzlich festzuschreiben. Solche Kompromissbildungen und „Verdichtungen“³ von Klassenverhältnissen auf politischer und staatlicher Ebene lösen sich gegenwärtig in der anhaltenden krisenhaften Transformation des Fordismus immer mehr auf, woraus resultiert, „dass eine im Sinne Gramscis auf korporative Kompromisse beruhende Hegemoniebildung schwieriger wird“ (Hirsch 2005: 201). Hirsch diagnostiziert einen „neoliberalen Konstitutionalismus“, bei dem die

3 Mit diesem Topos versuchte noch Nicos Poulantzas in der Spätphase des Fordismus in den 1970er Jahren eine differenziertere marxistische Staatstheorie als angemessene Antwort auf die ersten Krisenanzeichen des Fordismus, vgl. auch Jessop (2005).

historische Verbindung von Kapitalismus und liberaler Demokratie neu angeordnet wird.

Foucault liefert hier in seinen Analysen des Zusammenhangs von Macht und Subjekt den weiterführenden Hinweis, diese Auflösung fordristischer Arrangements auf staatlicher Ebene als einen weiteren historischen Schub der Gouvernementalisierung des Staates zu fassen. Dabei geht Foucault zur näheren Bestimmung des Verhältnisses von Politik und Ökonomie zum Ende des Fordismus in den späten 1970er Jahren auf die Gründungsväter der Politischen Ökonomie, die Physiokraten, zurück und greift eine Unterscheidung gesamtgesellschaftlich relevanter Prozesse in *sponta acta*, *agenda* und *non agenda* auf, wie sie Jeremy Bentham formuliert hat. Die *sponta acta* sind die kapitalistischen Wertschöpfungs- und Marktprozesse, die allererst „die Selbstbegrenzung einer gouvernementalen Vernunft als faktische und allgemeine Selbstregulation ermöglichen“ (Foucault 2004: 29). Erst unter dieser Voraussetzung gilt dann für jede staatliche Politik in ihrem Verhältnis zu ökonomischen Prozessen: „Die Aufteilung vollzieht sich zwischen den *Agenda* und den *Nonagenda*, den Dingen, die getan werden sollen, und denen, die nicht getan werden sollen“ (ebd. 28). In Foucaults Analyse dreht sich das ganze Problem einer kritischen gouvernementalen Vernunft um die Frage, „wie man es anstellt, nicht zu viel zu regieren“ (ebd. 29). Damit bricht der moderne bürgerlich-kapitalistische Liberalismus mit jeder frühneuzeitlichen festgefühten „Staatsräson“. Diese hegte gegenüber dem Territorium und der Bevölkerung immer den Verdacht: „Es wird zuwenig regiert.“ Dagegen ist der Liberalismus von dem Kritik-Prinzip durchdrungen: „Es wird stets zuviel regiert... Warum muss man überhaupt regieren?“ Daher lässt sich für Foucault diese „liberale Kritik nur schwer von einer für die Epoche neuen Problematik der ‚Gesellschaft‘ trennen“ (ebd. 437). Mit dieser frühen Analyse (neo)liberaler Politik gewinnen Foucaults Thesen zur Gouvernementalität einen aktuellen Bezug zur gegenwärtigen Transformation des bürgerlich-kapitalistischen Staates und den zugrundeliegenden Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals.

Die neue Problematik besteht in den nachfordristischen Transformationsprozessen in den politischen Folgewirkungen der Ambivalenz in der flexibilisierten Arbeitsorganisation, der Tendenz zur Selbstorganisation und der zerstörerischen Folgen für die gesellschaftliche Organisation von öffentlichen Diensten und sozialer Sicherheit. Dabei haben wir es eben nicht einfach nur mit einer spezifischen staatlichen Intervention und einer bewusst angelegten Gesellschaftspolitik zu tun, sondern diese öffentliche Intervention wird durch die „Selbstführung“ der Individuen ermöglicht. Deshalb hebt Foucault in seiner Charakterisierung moderner Gouvernementalität immer wieder darauf ab, den Liberalismus und den Neo-Liberalismus „nicht als Theorie noch als eine Ideologie, und erst recht nicht als eine Weise zu begreifen, in der die ‚Gesellschaft‘ sich repräsentiert; sondern als eine Praxis, das heißt als eine auf Ziele hin ori-

enterte und sich durch kontinuierliche Reflexion regulierende ‘Weise des Tuns’“ (ebd. 436). Mit dem Neoliberalismus ist eine neue Stufe der Selbstführung von Individuen und Gesellschaft erreicht, die auch weitreichende Folgen für gesellschaftliche Alternativen hat. „In dieser Perspektive führen die Krise des Keynesianismus und der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Interventionsformen weniger zu einem Verlust staatlicher Regelungs- und Steuerungskompetenzen, sondern lassen sich eher als eine Umorganisation oder eine Restrukturierung der Regierungstechniken begreifen. Damit verlagert sich die Aufmerksamkeit auf die Neukonstitution von Politikformen und Staatsebenen, etwa auf die Einführung von Verhandlungssystemen, Selbstorganisationsmechanismen und Empowerment-Strategien. Ebenso kann diese theoretische Perspektive die Reartikulation von Identitäten und Subjektivitäten erfassen; Beispiele hierfür sind das Auftauchen von NROs auf der politischen Bühne, die Renaissance der lokalen Gemeinschaften oder die Entstehung der Figur des ‘Arbeitskraft-unternehmers’“ (Lemke 2003: 271f.).

In den Formen und Strukturen neoliberaler Gouvernamentalität reflektieren sich also die Veränderungen in der gesellschaftlichen Betriebsweise des Kapitals. „Brütet die neue Ökonomie auch eine neue Politik aus?“, fragt sich Richard Sennett in seiner Analyse der Kultur des neuen Kapitalismus. „In der Vergangenheit lieferte die Ungleichheit die ökonomische Energie für die Politik. Heute wird Ungleichheit sowohl im Sinne der Vermögensverteilung als auch der Arbeitserfahrung neu konfiguriert“ (Sennett 2005: 107). Insbesondere in letzterem – sowohl auf betrieblicher Ebene kapitalistischer Unternehmungen und Verwaltungen als auch durch die Folgewirkungen von Privatisierung öffentlicher Versorgung und der Dekommodifizierung sozialer Sicherheit – bilden sich Mentalitäten und Verhaltensweisen der Subjekte aus, die für neoliberale Regierungsweisen und Politikstile anschlussfähig sind. „Die Werte der New Economy sind zu einem Bezugspunkt für die Denkweise des Staates im Blick auf Abhängigkeit oder Selbstverwaltung im Gesundheitswesen oder im Rentensystem geworden, aber auch hinsichtlich der Qualifikationen, die das Bildungssystem vermitteln soll“ (ebd. 11). „Die ‘Strategie der Responsibilisierung’, der Mobilisierung von Individuen unter dem Signum von Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative“ (Krasmann 2000: 198) steht beispielhaft für Formen der Subjektivierung im Kontext neoliberaler Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik. „Diese Strategie der Responsibilisierung ist praktisch das subjektive Pendant zum Verantwortung delegierenden Staat: Während das Paradigma der *Solidarität* mit dem Programm des Wohlfahrtsstaates in den Hintergrund tritt, zieht mit der politischen Rationalität des Neoliberalismus das Prinzip der *Verantwortung* atomisierter Individuen herauf“ (ebd.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten: „Ein flexibles und individualisiertes Arbeitsmanagement tritt an dies Stelle einer kollektiven Organisation auf Basis stabiler Beschäftigungslagen ... (Es) zeigt sich, dass es sich bei den Wand-

lungsprozessen des Kapitalismus, die seit den frühen siebziger Jahren ihre Wirkung entfalten, im Grunde um eine allgemeine Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen, der beruflichen Karrierewege und der Sozialversicherung handelt“ (Castel 2005: 60). Die Widersprüche können nicht durch eine Ausweitung beständiger Staatsinterventionen aufgehoben werden, sondern die Herausforderung besteht darin den Handlungsrahmen für die erweiterte Individualität so auszustatten, dass aus dem spontanen Handeln selbst eine anderen Qualität des Gemeinwohls realisiert wird.

Grenzen und Krise neoliberaler Gouvernementalität

Die angesprochenen Sozialtechnologien und Strategien können nicht als regierungspolitisches Instrumentarium isoliert werden. Sie sind heute mehr und mehr Bestandteil einer spezifischen ökonomischen Rationalität. Diese führt zu einer Politik der „Prekarisierung“ und Rekommodifizierung lebendiger Arbeitsvermögen und schafft auf diesem Wege Flexibilitätsressourcen, die letztlich verbesserten Strukturen der Kapitalverwertung zugute kommen sollen. Bourdieu hegt dabei „den Verdacht, dass Prekarität gar nicht das Produkt einer mit der ebenfalls viel zitierten ‘Globalisierung’ gleichgesetzten *ökonomischen Fatalität* ist, sondern Produkt eines *politischen Willens*. Das ‘flexible’ Unternehmen beutet gewissermaßen ganz eine von Unsicherheit geprägte Situation aus, die von ihm noch verschärft wird“ (Bourdieu 1998: 99).

Die gegenwärtige Entfesselung des Kapitalismus – erhöhte Flexibilität und die verschiedensten Varianten von Marktöffnungsprozessen in unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereichen – etabliert als objektive Struktur eine politische Ökonomie der Unsicherheit. Dabei ist es nun keineswegs so, dass die Akteure aus Politik und Kapital strategisch auf die Herstellung gesellschaftlich erhöhter Unsicherheit abzielen. Der prekarierte „flexible Mensch“ innerhalb dieser neuartigen politischen Ökonomie der Unsicherheit soll gerade deshalb „empowert“ werden, um Unsicherheit überwinden zu können und mit dieser Fähigkeit dann noch passgenauer für die veränderte betriebliche Arbeitsorganisation zu sein.

Die Internalisierung des Marktes in Unternehmensstrukturen setzt bezogen auf das lebendige Arbeitsvermögen einen zwieschlächtigen Prozess frei. Es sind gerade die zivilisatorischen Seiten kapitalistischer Herrschaftsstrukturen („reelle Subsumtion“), die die Lohnarbeit im Unterschied zu allen anderen bisherigen Formen und Kulturen der Arbeit „zu einer ganz anderen historischen Action befähigen“ (Marx 1863/1864: 103): „der freie Arbeiter dagegen getrieben von seinen wants. Das Bewusstsein (oder vielmehr die *Vorstellung*) der freien Selbstbestimmung, der Freiheit, macht den einen zu einem viel bessern Arbeiter als den anderen, und das damit verbundene feeling (Bewusstsein) of *responsibility*; da er, wie jeder Waarenverkäufer, *responsibel* ist für die Waare, die er

liefert und sie in gewisser Qualität liefern muß, soll er nicht von andren Waarenverkäufern derselben Species aus dem Feld geschlagen werden.“ (ebd. 101f.) Diese Ambivalenzen und Paradoxien innerhalb der Charaktere der Lohnarbeit selbst – als gesellschaftlicher Arbeitskörper zugleich durch die vereinzelt Einzelnen die „Instinkte und Gesetze der Warennatur“ zu exekutieren und zu bedienen – werden unter den Bedingungen des neuen Marktregimes nach der Seite der Wertschöpfung und Verwertung hin verschärft. Innerhalb eines Regimes politischer Ökonomie der Unsicherheit entpuppt sich der „Arbeitskraftunternehmer“ – dankbares Objekt von Empowermentstrategien – als ideologischer Überbau dieses „vereinzelt Arbeiters“. Und damit erweisen sich auch die Gouvernementalität und die Strategien der Gouvernementalisierung als potenziertes politisch-ideologischer Ausdruck eines durch die gesellschaftliche Betriebsweise des flexiblen Kapitalismus selbst hervorgerufenen „*neuen Verhältnisses der Ueber- und Unterordnung*“ (das auch *politische* etc. Ausdrücke seiner selbst producirt)“ (ebd. 98).

Im Fordismus fand dieses Über- und Unterordnungsverhältnis eine weitergehende soziale Ausgestaltung, in der betriebliche Leistungskompromisse mit Sicherheit, sozialstaatlicher Dekommodifizierung der Lohnarbeit und damit auch widersprüchlicher Subjektivitätsentwicklung in und außerhalb der Arbeit einhergingen. Diese Strukturen werden im gegenwärtigen entfesselten Kapitalismus durch die Flexibilisierung der gesellschaftlichen Betriebsweise, Prekarisierung von Teilen der Lohnarbeit und außer Kraft Setzung sozialer Sicherheiten der Lohnarbeitsgesellschaft zunehmend zerstört. Zentrale Triebkraft sind die Entgrenzung von Marktprozessen und die Veränderung betrieblicher Organisationsgrenzen durch erhöhten äußeren wie internen Marktdruck. Dies führt zu neuen Formen von betrieblicher Beherrschung und Selbstbeherrschung des Arbeitsvermögens, die auf gewachsene Subjektivitätspotentiale in der Arbeit und Ausweitung der Individualität der Lohnabhängigen aus dem Fordismus aufbauen und diese weitertreiben können. Jetzt löst sich die für die fordistisch-tayloristische Nutzung von Arbeitskraft konstitutive Trennung von Arbeitskraft und subjektivem Träger partiell auf.

Mit diesen Veränderungen in Kernbereichen der gesellschaftlichen Betriebsweise im flexiblen Kapitalismus sind neuartige Formen von „Subjektivierung der Arbeit“ vorgeprägt, mit denen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, jenseits einigermaßen gesicherter Lohnarbeit, Politik gemacht wird. Der Imperativ des Neoliberalismus – alle Macht den Märkten – zeigt auch hier in den prekarisierten Bereichen von Erwerbslosigkeit, Sozialhilfe, Armut, Kriminalität etc. seine zweite Seite: „Führe dich selbst“. Die Probleme von Armut und Erwerbslosigkeit werden in Fragen der Selbstsorge transformiert. Die Individuen werden in Form einer Strategie des Empowerments oder der sozialverpflichteten Responsibilisierung zu mehr Eigenverantwortung, Eigenständigkeit und Eigeninitiative mobilisiert. Responsibilisierung operiert hier über den Modus der

Aktivierung der betroffenen Subjekte, ihre durch sozialstaatliche Alimentierung „erlernte Hilflosigkeit“ zu überwinden und in individuelle Handlungsfähigkeit zu transformieren. Die Politik der Responsibilisierung wird erst dominant vor dem Hintergrund der Krise und Zerstörung der fordistischen Lohnarbeitsgesellschaft. Sie kann zwar auf eine gewachsene Subjektivität in der Arbeit aufbauen, gewinnt aber ihre Sinnhaftigkeit und Akzeptanz als erfolgreiche Gegenstrategie nur als Antwort auf soziale Unsicherheit. Damit verbleibt sie in einem fatalen Zirkel. Denn auch hier – wie in anderen gesellschaftlichen Bereichen des entfesselten Kapitalismus – wird von der politischen Klasse die entstehende soziale Unsicherheit ausgenutzt und zugleich politisch verschärft. Der Sinn dieser politischen Ökonomie der Unsicherheit, des Managements der Unsicherheit, der Prekarisierungsstrategien und der Politik des Empowerments ist die Reproduktion dieser Konstellation, womit die Gesellschaftspolitik des Neoliberalismus keine höhere gesellschaftliche Rationalität erreicht, sondern faktisch eine politische Ökonomie der Unsicherheit perpetuiert.

Die politisch-ideologische Utopie des Neoliberalismus lebt davon, die Spannungen und Widersprüche von gesellschaftlicher wie individueller Unsicherheit und sozialverpflichteter Eigenverantwortung politisch managen zu können. Diese Form des Führens und Regierens mit ihren individualisierenden und repressiven Seiten lässt sich mit Foucault als eine entwickelte Gestalt von „Gouvernamentalität“ begreifen, die gegenüber der fordistischen Entwicklung und ihres keynesianischen Wohlfahrtsstaates die Agenda und Non-Agenda staatlicher Politik neu justiert. So zielte die Agenda-Politik von Rot-Grün letztlich auf eine Erweiterung der Non-Agenda des Staates, was fortgeführt werden wird.

Diese Umbruchsituation hat höchst disparate Zeitdiagnosen hervorgebracht. Mit Verweis auf die Informatisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, die Erschließung der Subjektivierung von Arbeit und die Ausweitung von Selbstorganisation ist auf die Herausbildung einer neuen gesellschaftlichen Betriebsweise des High-Tech-Kapitalismus geschlossen worden (vgl. Haug 2003, Candéias 2004). Auf der anderen Seite kann ein Nebeneinander von taylorisierten Arbeitsprozessen, Akkumulationskrise, ökonomischer Stagnation und finanzkapitalistischen Überschussbewegungen festgestellt werden, was uns zu der Hypothese von einer anhaltenden Krise der fordistischen Betriebsweise veranlasst. Die ökonomischen Grundstrukturen des gegenwärtigen „Finanzmarktkapitalismus“ bergen zu viele Instabilitäten und Widersprüche, um von einer High-Tech-basierten konsistenten und entwicklungsfähigen „neoliberalen Produktionsweise“ sprechen zu können.

Alternativen und sozialistische Gouvernamentalität

Gegen die politische Umsetzung der Utopie des Neoliberalismus, die auf eine radikale Transformation der Lohnabhängigen in Arbeitskraftunternehmer und damit eine kapitalistische Form der Aufhebung von Lohnarbeit und Kapital

zielt, gibt es zunehmenden Widerstand. Die strategische Herausforderung besteht darin, in der Orientierung auf eine neue Qualität der Lohnarbeitsgesellschaft zu einer Vernetzung der verschiedenen Protestpotenziale zu kommen. Angesichts der Folgen neoliberaler Gouvernamentalität müssen gewerkschaftliche Bestrebungen einer Rezivilisierung des Kapitalismus und „gegen-hegemoniale“ Projekte neuer sozialer Bewegungen zusammengebracht werden. Dabei kann es u.E. für eine moderne sozialistische Linke kein einfaches Zurück zu der These geben: die Hegemonie geht von der Fabrik aus. Ebenso einseitig sind Schlussfolgerungen, die Krise der Lohnarbeit führe zu einer neuen „Proletarität“ in Gestalt einer „Bewegung der Prekären“ (vgl. Hauer 2005)⁴ oder zum neuen historischen Subjekt einer globalen „Multitude“ (vgl. Bischoff/Lieber 2004). Ferner ist nicht ausgemacht, wo der Transformationsprozess der europäischen Sozialdemokratie zum Stehen kommt und in welcher Form sich ein neuer „Reformismus“ unter Akzeptanz der Bedingungen des Finanzmarkt-Kapitalismus ausbildet.⁵ Daher muss für eine sozialistische Linke auch der politische Deradikalisierungs- und Transformationsprozess der deutschen und europäischen Sozialdemokratie in Rechnung gestellt werden. Mit Beginn der Krise des Fordismus Mitte der 1970er Jahre wird die deutsche Sozialdemokratie – zu Beginn der 1980er Jahre bspw. auch die französischen Sozialisten – durch die wachsenden Widersprüche der Kapitalakkumulation und des Sozialstaates in Richtung einer neoliberalen Gesellschaftskonzeption gedrängt. Foucault hebt den wichtigen Gesichtspunkt hervor, dass dieser „Transformismus“ sozialdemokratischer Politik in Richtung bürgerlich-liberaler Politik schon in einer spezifischen „neo-liberalen“ Konstellation nach 1945 angelegt ist, in der erst über den ökonomischen Rahmen ordoliberaler Politik eine „radikal“ ökonomisch begründete Legitimität des Staates entsteht. „Wie soll eine sozialistische Partei, deren zumindest ferneres Ziel eine ganz anderes Wirtschaftssystem war, in dieses politische Spiel hineinpassen, da die Gegebenheiten in gewissem Sinne verkehrt waren, das Ökonomische die Wurzel des Staates bildete, und nicht der Staat dieser oder jener ökonomischen Entscheidung als historisch-rechtlicher Rahmen vorgeordnet war“ (Foucault 2004: 132). Sozialdemo-

-
- 4 Karl Heinz Roth, der zu Beginn der 1990er Jahre eine Debatte um die „Wiederkehr der Proletarität“ ausgelöst hatte, diagnostiziert heute „globale Unterklassen“, „unter denen die doppelt freie Lohnarbeit nur eine von unendlich vielen Varianten darstellt.“ Dementsprechend skeptisch steht er einem „link“ von Lohnarbeit und anderen subalternen Klassen gegenüber. Hier widerspricht er entschieden dem Post-Keynesianismus und auch den Schlussfolgerungen von Robert Castels „Metamorphosen der sozialen Frage“. „Eine ‘arbeitsgesellschaftliche’ Reintegration der ‘Überzähligen’ wird es nicht mehr geben“ (Roth 2005: 74). In dieser strategischen Relativierung der Arbeitsgesellschaft bleibt u.E. allerdings die Analyse des Autonomie- und Selbstorganisationspotenzials moderner Lohnarbeit auch unter neoliberaler Gouvernamentalität und damit ihre politische Gewichtung für einen sozialistischen Transformationsprozess unterbelichtet.
- 5 Für Mathias Greffrath scheint jetzt schon ausgemacht, dass „nur die SPD ... zur organisierenden Mitte eines ... Erneuerungsprogramms werden (kann)“ (2005: 3).

kratie und Gewerkschaften reagierten auf diese flexible ordoliberalen Gouvernamentalität des bürgerlichen Lagers mit illusionärer Staatsfixiertheit.

Die Hilflosigkeit, mit dieser verkehrten Anordnung von Staat und Ökonomie umgehen zu können, führte dazu, dass auch die Sozialdemokratie – um nicht vollständig aus dem wirtschaftlich-politischen Konsens des deutschen Liberalismus ausgegrenzt zu bleiben – sich „zumindest der allgemeinen Praxis als Regierungspraxis dieses Neoliberalismus (anschließt)“ (ebd.). Für Foucault steht „Godesberg“ nicht für einen „Verrat“ am Theoretisch-Programmatischen eines wahren Marxismus oder Sozialismus. Vielmehr hat sich die Sozialdemokratie damit „völlig demjenigen Typ von wirtschaftlich-politischer Gouvernamentalität verschrieben, den sich Deutschland seit 1948 gegeben hat“ (ebd. 133).

Aus dieser Subalternität gegenüber bürgerlich-liberaler Gouvernamentalität kann eine erneuerte politische Linke jenseits der Sozialdemokratie heute lernen und dies leitet über zum grundsätzlichen Problem „der Beziehung des deutschen Sozialismus zur neoliberalen Gouvernamentalität“ (Foucault), des Verhältnisses der Sozialisten zum politischen Feld überhaupt. Von der Übernahme bürgerlicher Gouvernamentalität und der Leerstelle einer eigenständigen Selbstbestimmung der Handlungs- und Regierungsweise sozialistischer Politik legen die Geschichte des Staatssozialismus, das Scheitern dritter Wege und Verächtlichmachung einer Politik der Übergangsforderungen in den eigenen Reihen, die Endlosdebatten um Reform und Revolution Zeugnisse ab. Gegen solche politische Sackgassen ist die Linke aber auch durch die ausgefeilteste Staatstheorie nicht gefeit. Vielmehr „(fehlt) dem Sozialismus eine intrinsische Regierungsrationalität“ (ebd. 137). Diese fehlende eigenständige politische Rationalität und sozialistische Regierungskunst sind nicht im Inneren eines wahren Sozialismus und seinen Texten zu finden. „Man kann sie nicht daraus ableiten. Man muss sie erfinden.“⁶ Auf die Krise der Gouvernamentalität des Neoliberalismus kann es mithin keine etatistische Antwort geben. Foucault erweitert die Anforderungen an gesellschaftliche Alternativen radikal: „Ob man nun bei Marx eine Theorie des Staates findet oder nicht, das sollen die Marxisten entscheiden. Ich meine jedoch, dass dem Sozialismus nicht so sehr eine Staatstheorie fehlt, sondern eine gouvernementale Vernunft, eine Definition dessen, was innerhalb des Sozialismus eine Rationalität der Regierung wäre, d.h. ein vernünftiges und berechenbares Maß des Umfangs der Modalitäten und der Ziele des Handelns der Regierung“ (ebd. 134).

6 Foucault reflektiert mit seinen Ausführungen zu sozialistischer Gouvernamentalität zeitgeschichtlich bedingt die Schwächen, Halbheiten und Krisen der sozialistischen Regierung in Frankreich, aber auch die gescheiterten Erneuerungsversuche des (Euro)Kommunismus. 1983, anlässlich eines Projekts zu einem Weißbuch über sozialistische Politik, stellt er sich die Frage: „Haben die Sozialisten ein Problem mit der Regierung oder nur ein Problem mit dem Staat?“ Im Herbst fordert er seine Studenten in Berkeley auf, sich mit dem Staatsverständnis seit den 30er Jahren auseinanderzusetzen. Er liest Schriften von Jaurès, Blum und Mitterand.“ (Zeittafel in Foucault 2001: 102)

Die Hinweise von Foucault auf eine Agenda und Non-Agenda sozialistischer Gouvernamentalität sind nach der Seite hin produktiv, dass deren Rationalität auf die Erhöhung politischer Handlungsfähigkeit und der Autonomie der Subjekte ausgerichtet sein muss. Aber sie greifen für eine moderne sozialistische Gouvernamentalität noch zu kurz, als die zugrundeliegenden spontanen Akte und ökonomischen Regulierungen nicht näher in den Blick genommen werden. In der Tat kann es kein Zurück zu einem Etatismus geben. Die sozialistische Plan- und Kommandowirtschaft stellte ihrerseits schon eine schlechte und unzulängliche Alternative zum Fordismus dar. Insofern muss an die heute entwickelten Formen von Selbstorganisation und Selbststeuerung angeknüpft werden, die sich inner- und außerhalb der Unternehmen herausgebildet haben. Aber bei allem Selbststeuerungspotenzial der flexiblen Betriebsweise schließt der entfesselte Kapitalismus immer noch Über- und Unterordnungsverhältnisse ein, die mögliche Freiheits- und Gestaltungsspielräume immer wieder konterkarieren oder gar zerstören. Daher müssen politische Rahmenbedingungen, die eine erhöhte Selbsttätigkeit der Individuen ermöglichen sollen, mit einer bewussten Steuerung und Regulierung der kapitalistischen Wertschöpfungsprozesse verknüpft werden.

Die sozialistische Kapitalismuskritik basiert aus unserer Sicht auf der These: Es kommt darauf an, den kapitalistischen Charakter der organisierten Arbeit und der zentralisierten Produktionsmittel in Formen der assoziierten Arbeit und in gesellschaftliche Arbeitsmittel zu verwandeln. Der etatistische Ansatz war ein untauglicher Ansatz für diese Transformation. Heute tritt deutlich hervor, dass die erweiterte Selbstorganisation der Subjekte aufgegriffen und durch einen veränderten Rahmen die Einschränkungen und Widersprüche beseitigt werden müssen. Wir können – anders als Keynes oder Hilferding – nicht mehr davon ausgehen, dass von einer Tendenz zum „organisierten Kapitalismus“ ein Übergang zur Demokratisierung der Wirtschaft erschlossen wird. Das Gewicht der Kapitalgesellschaften auf den gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess hat sich zwar zweifellos erhöht; zugleich sind wir aber über die Ausrichtung der Shareholder und die gesellschaftspolitische Strategie in Richtung auf eine Eigentümer-Gesellschaft mit einer Ausbreitung von Unsicherheit, Prekarität und dem Abbau sozialer Absicherung konfrontiert. Es ist keineswegs so, dass die Machtstrukturen der großen Kapitalgesellschaften dazu tendieren, die freie Konkurrenz durch das Prinzip einer planmäßigen Produktion zu ersetzen. Im Gegenteil, sie wirken gesellschaftszerstörend. Das gleiche gilt vom finanzmarktgetriebenen Umbau des fordistischen Sozial- und Wohlfahrtsstaates. Seine innere Struktur verformt sich, indem durch eine neoliberale wie neosozialdemokratische „kontrollierende“ Agenda-/Non-Agenda-Politik Reste einer kompensatorischen Sozialpolitik in eine kompetitorische, auf Wettbewerb orientierte Sozialpolitik transformiert werden. Damit wird der eigentliche Kern

des Sozialstaates,⁷ die soziale Sicherheit, für eine weitergehende „innere Landnahme“ durch Kapitalfonds sturmreif gemacht. Die Rekonstruktion emanzipatorischer Potenziale, die in moderner Lohnarbeit enthalten sind, ist aber auf die Durchsetzung sozialer Sicherheit angewiesen, die sich auch auf die gesellschaftlichen Lebenssphären jenseits der Unternehmen erstrecken muss. Die Strukturen der betrieblichen Mitbestimmung lassen sich nur ausweiten, indem zugleich eine Demokratisierung der gesamtgesellschaftlichen Ökonomie etabliert wird. Zu dieser Veränderung gehören ein neues System sozialer Sicherheit und die Gewährleistung kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung, denn gerade die Qualifikationen und Kompetenzen in der Subjektivierung der Arbeit sind ein unabdingbares Ferment in einem emanzipatorisch ausgerichteten Transformationsprozess. Dieser kann sich nicht mehr einfach auf eine, wenn auch zivilgesellschaftliche, Umgestaltung von Staat und (Groß-)Unternehmen beziehen, sondern eine moderne sozialistische Gouvernamentalität muss sich im Kern um die Subjektivitätspotenziale gegenwärtiger Lohnarbeit, eine Rekonstitution sozialer Sicherheit und gesamtgesellschaftliche Regulierungsformen zentrieren. Schematisch lassen sich daher folgende Dimensionen umreißen.

- Erweiterte Formen der betrieblichen und überbetrieblichen Mitbestimmung. Die besitzindividualistischen Borniertheiten und Deformationen, die die Formen der gesellschaftlichen Arbeit und Kooperation unterm Kapital immer wieder annehmen, müssen durch die Implementierung wirtschaftsdemokratischer Elemente in Betrieben und Verwaltungen zurückgedrängt werden. Dem kommen erhöhte Selbststeuerungs- und Entscheidungskompetenzen der Lohnabhängigen in unterschiedlichsten Segmenten, selbst in Bereichen der Prekarität, entgegen. Hinter der Flexibilisierung betrieblicher Arbeitsorganisation und der Arbeitszeiten stehen zwar ökonomische und soziale Unsicherheiten, deren Bewältigung oft massive Zumutungen an die lebendige Arbeit darstellen. Dennoch werden dabei auf widersprüchliche Weise durch die Subjekte selbst Entscheidungskompetenzen und individuelle Fertigkeiten entwickelt. Es ist hier nicht mehr eine festgefügte betriebliche Hierarchie und Arbeitsteilung, die die sozialen Verhältnisse determiniert. Die Sozialität in diesen Strukturen wird vielmehr in viel höherem Maße durch die Individuen selbst hergestellt – und dadurch der Kapitalfetisch weiter unterminiert.⁸ Diese Tendenz kann auch Spielräume eröffnen für eine

7 Neben überzogenen Erwartungen an den organisierten Kapitalismus tendierte die Linke auch immer wieder zu der Fehleinschätzung, der wahre Kern des Sozialstaates bestünde in der nachträglichen Korrektur von Ungleichheiten in der Primärverteilung und damit in der Herstellung von Chancengleichheit.

8 Andere Analysen des gegenwärtigen Kapitalismus, die auch von einer „fetischismuskritischen“ Interpretation der Kritik der politischen Ökonomie ausgehen, leiten ihre Schlussfolgerungen allerdings nicht aus solchen gegenläufigen Tendenzen als immanenten „Minen“ (Marx 1953: 77) zur Auflösung der Kapitalherrschaft ab, sondern setzen auf „die Abschaffung des Kapitalismus“ (vgl. Heinrich 2005: 31).

- aufklärerische Auseinandersetzung der Beschäftigten und der Gewerkschaften mit der Legitimation der am Shareholder-Value orientierten Corporate Governance. „In Frage gestellt werden muss auch die Objektivität bzw. der Sachzwangcharakter der Zahlen und der Renditeanforderungen, mit denen die Beschäftigten und ihre Interessenvertretungen konfrontiert werden“ (Sablowski 2005: 25).
- Ein modernes Steuerungssystem für den gesellschaftlichen Strukturwandel in Richtung auf Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Der Steuerexperte Kirchhof charakterisiert gerade in seiner Ablehnung einen solchen Rahmen: „Die Steuer verfolgt dann drei Zwecke: Sie beschafft staatliche Einnahmen, beeinflusst Konjunktur und Gesamtwirtschaft und steuert individuell das Verhalten der Menschen ... Der Staat wird ... eine gerecht verteilende Genossenschaft“ (Kirchhof 2004: 54). Gegenüber der neoliberalen Gouvernamentalisierung des Steuerstaates zum reinen Hoheits-, Gebühren- oder Marktstaat müsste eine sozialistische Gouvernamentalität den Steuerstaat zivilgesellschaftlich umgestalten und an eine veränderte gesellschaftliche Betriebsweise zurückbinden. Denn im System der Arbeitsarten und Bedürfnisse verschiebt sich der Anteil der industriellen Warenproduktion innerhalb der notwendigen gesellschaftlichen Arbeit zugunsten der „Entdeckung, Schöpfung und Befriedigung neuer aus der Gesellschaft selbst hervorgehenden Bedürfnisse“ (Marx 1953: 312) wie Bildung, Kultur und Gesundheit, die immer mehr zu Bestandteilen einer historisch modifizierten gesellschaftlichen Notwendigkeit werden. Ihre gesellschaftliche Steuerung erfordert erst recht zivilgesellschaftliche Strukturen, die nicht einfach den spontanen Akten der Kapitalreproduktion überlassen werden können, sondern soziale Sicherheit und öffentliche Güter in neuer Weise verbinden: „Zur Herstellung von Sicherheit bedarf es der Bereitstellung öffentlicher Güter durch lokale, nationale oder auch global wirkende politische Institutionen. Dies wird nur geschehen, wenn soziale Bewegungen entsprechenden Druck ausüben und sich für Alternativen einer solidarischen und nachhaltigen Ökonomie stark machen“ (Altvater 2005: 197).
 - Eine andere Gewichtung und pluralistische Organisationsformen - neben kapitalistischen Unternehmen, auch genossenschaftliche, öffentliche, etc. - für das umfassende Angebot von Dienstleistungen im Bereich Bildung, Gesundheit und Kultur. Eine solche Aufwertung des Eigentümerstatus der lebendigen Arbeit erlaubt, den alleinigen Einfluss vermögensdominierter Eigentumsstrukturen auf Unternehmensebene zurückzudrängen und eine bewusste und transparente Verknüpfung von Wertschöpfung und zivilgesellschaftlichen Strukturen herzustellen. Einer solchen Öffnung kommen Tendenzen in der Veränderung betrieblicher Arbeitsorganisation entgegen. Mit der Entgrenzung der Arbeit und der Internalisierung des Marktes wird der Ort der Wertschöpfung zu seiner gesamtgesellschaftlichen Umwelt durchlässig.

siger.⁹ In der oft aufgeherrschten Übernahme der Unternehmerperspektive können die Lohnabhängigen ihrerseits ein Wissen über den Zusammenhang von Produktivität, Kerngeschäft, Finanzialisierung und konkurrenzvermittelter Verteilung der Wertschöpfung ausbilden und sich für einen anderen Umgang mit der Produktivität gesellschaftlicher Arbeit und insbesondere eine andere Verteilung der Produktivitätsgewinne auf gesamtgesellschaftlicher Ebene sensibilisieren. Hier entwickeln sich Ansatzpunkte einer strategischen Neuausrichtung betrieblicher und gewerkschaftlicher Arbeitspolitik, „die die progressiven Potenziale in der gegenwärtigen Übergangsphase ins Visier nimmt und ihnen zur Entfaltung verhilft. Sie muss sowohl die sich entwickelnden Formen der Verweigerung und des Widerstandes der Beschäftigten aufgreifen als auch die neuen Formen von Selbständigkeit und Autonomie. Diese sind die Grundlage ihrer Einmischung in die neuen marktorientierten Steuerungssysteme und die sich dabei entwickelnden Formen der Aneignung des Unternehmerischen. Und – das ist entscheidend – sie darf die beiden widersprüchlich erscheinenden Seiten nicht gegeneinander isolieren und ausspielen. Es müssen Räume und Formen gefunden werden, in denen diese Widersprüche von den Individuen selbst reflektiert, auf ihre Interessen bezogen und gemeinsame Handlungsperspektiven entwickelt werden.“ (Sauer 2005c: 71)

- Ein neues System sozialer Sicherheit, in dem die Keimformen von Autonomie in der Arbeit mit Formen der Kooperation, Gruppenarbeit, innovativer Arbeitspolitik und Formen sozialer Inklusion verbunden, die einzelbetrieblichen Bornierungen überwunden und damit ansatzweise zivilgesellschaftliche Räume für weitergehende „Stellungskriege“ um eine Neuverknüpfung von Arbeitseinkommen und sozialer Sicherheit geschaffen werden. Dabei können existenzsichernde, gesellschaftlich anerkannte, mit institutionalisierten Partizipationschancen verknüpfte Formen von Erwerbstätigkeit nicht einfach durch Modelle eines Grundeinkommens ersetzt werden. Letzteres gibt das soziale Kampfterrain um eine emanzipatorische Umgestaltung der Lohnarbeit preis und belässt auch die Hegemonie über die Ausgestaltung von Wertschöpfungsprozessen bei den wirtschaftlichen und politischen Eliten.¹⁰ Bemühungen um arbeitsgesellschaftliche Inklusionsstrategien sind aber

9 Auch in der Kritik der politischen Ökonomie beinhalten die Marxschen Ausführungen zu „Teilung der Arbeit innerhalb der Manufaktur und Teilung der Arbeit in der Gesellschaft“ im ersten Band des „Kapital“ weitreichende gesellschaftspolitische Dimensionen. In der konkurrenzvermittelten Kostenökonomie wird der Zusammenhang der Produktivkraft gesellschaftlicher Arbeit in den Betrieben und der gesamtgesellschaftlichen Verteilung der Produktivitätsgewinne hergestellt. Seine Ausgestaltung entscheidet über den Charakter mehr oder weniger zerstörerischer oder zivilisierender Regulierungen in den kapitalistischen Metropolen. Auf diesen „Knotenpunkt“ in der kapitalistischen Betriebsweise muss sich auch eine Transformationskonzeption einer modernen sozialistischen Gouvernementalität beziehen.

10 Die Mehrzahl der Beiträge zur verschiedenen Modellen eines Grundeinkommens blendet

nicht aussichtslos. „Eine politische Kultur der Selbstorganisation und der Widerständigkeit vorausgesetzt, ist es keineswegs ausgeschlossen, dass prekär Beschäftigte Präferenzen für kollektive, auch gewerkschaftliche Handlungsstrategien entwickeln. Wollen sie derartiges fördern, ist freilich nötig, dass die Gewerkschaften zielgruppenspezifische Organisationsangebote für unsicher Beschäftigte entwickeln“ (Dörre 2005: 94). Diese „organisationspolitische“ Herausforderung zur Repräsentation des gesamten Spektrums moderner Lohnarbeit erhöht auch die Sensibilität gegenüber „klassischer Stellvertreterpolitik“. In der italienischen Gewerkschaftsbewegung bspw. bildet sich ansatzweise ein neuer Typus „eine(r) Art Bündelung aller Initiativen zu atypischer Arbeit“ (Choi 2004: 438) heraus, der damit auch die Chance zur Überwindung der Repräsentationskrise und erneuerten Reorganisation von Mitbestimmung und Solidarität bietet.

In einer reifen kapitalistischen Ökonomie, die geprägt ist von vielfältigen Formen der Selbsttätigkeit, Zonen von Prekarität und Ausgrenzung großer gesellschaftlicher Gruppen, rückt der innere Zusammenhang von Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums in das Zentrum der Öffentlichkeit. Eine qualitative Veränderung der Verteilungsverhältnisse muss einhergehen mit einer Ausweitung der sozialen Bürgerrechte. Diese sozialen Bürgerrechte müssen integraler Bestandteil eines neuen Systems gesamtgesellschaftlicher Regulierung sein. Dabei kann es nicht darum gehen, dirigistisch eine permanente Organisation und Intervention des Staates oder der öffentlichen Institutionen anzustreben, sondern durch Demokratisierung, indirekte Steuerung und ein neues System sozialer Sicherheit Rahmenbedingungen für die Entfaltung der Selbsttätigkeit der Subjekte zu schaffen.

Eine Reformpolitik, die die Potentiale von Selbsttätigkeit, die in den Formen neoliberaler Gouvernementalität eingeschlossen sind, emanzipatorisch freisetzen will, kann somit die strukturellen Probleme reifer kapitalistischer Gesellschaften in Rechnung stellen und zugleich in Formen sozialistischer Gouvernementalität einer möglichen Lösung zuführen. In Kommunikation und Zusammenarbeit der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Akteure und politischen Strömungen der Linken und unter den Altermondialisten wäre immer wieder ein vernünftiges und berechenbares Maß des Umfangs, der Modalität und der Ziele des Handelns gemeinsamer linker Politik wie bspw. partielle Wahlbündnisse auf regionaler Ebene – mit klarem Forderungskatalog von

den spezifischen Charakter des Systems gesellschaftlicher Arbeit im Kapitalismus als unhinterfragte Voraussetzung in der Diskussion einfach aus und kapriziert sich einseitig auf Verteilungs-/Gerechtigkeits-Diskurse. Der innere Zusammenhang von Produktion und Verteilung gesellschaftlicher Wertschöpfung wird nur nach einer Seite hin aufgelöst, wenn bspw. bezogen auf die „deutsche Ökonomie im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts“ formuliert wird: „Das Problem ... ist eindeutig kein Produktions-, sondern ein Verteilungsproblem.“ (Vanderborght/Van Parijs 2005: 144)

Zwischen- und Übergangprojekten – auszuhandeln. Neue Allianzen von Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und der politischen Linken können dabei Lernprozesse initiieren und die Akteure gegenüber den Untiefen des professionalisierten politischen Feldes und den parlamentarischen Zwängen sensibilisieren. Eine vorschnelle politische Alternative auf nationaler Ebene, die sich „staatsfixiert“ der politischen Ökonomie der Macht – und dies bedeutet im flexiblen Finanzmarkt-Kapitalismus der neoliberalen Gouvernementalität – andient, wäre zum Scheitern verurteilt und wäre kein Beitrag zu einer erneuerten politischen Kultur der Linken, sondern wiederum mit einer verschärften Marginalisierung der sozialistischen Linken verbunden.

Literatur

- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster
- Altvater, Elmar (2005): Das ewige Haar in der Suppe. Protest und Parlament. Warum die Linkspartei in den Bundestag gehört, und was dabei zu bedenken ist – eine Erwiderung auf Raúl Zelik, in: *Freitag* Nr. 37, September
- Altvater, Elmar; Mahnkopf, Birgit (2002): *Globalisierung der Unsicherheit. Arbeit im Schatten, Schmutziges Geld und informelle Politik*, Münster
- Bischoff, Joachim; Lieber, Christoph (2004): Lohnarbeit und Demokratie. Die Herrschaft des Kapitals und die Multitude, in: *Klassenformation Multitude? Kritik der Zeitdiagnose von Negri/Hardt, Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Heft 12
- Bischoff, Joachim (2005): Die SPD und die Zerstörung des „Rheinischen Kapitalismus“. Vom organisierten zum entfesselten Kapitalismus, *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Heft 7
- Bourdieu, Pierre (1998): *Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion*, Konstanz
- Bourdieu, Pierre (2002): Für eine neue europäische Aufklärung, in: *Utopie kreativ*, Mai
- Candeias, Mario (2004): *Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Berlin/Hamburg
- Castel, Robert (2005): *Die Stärkung des Sozialen. Leben im Wohlfahrtsstaat*, Hamburg
- Choi, Hae-Lin (2004): Organisation der Unorganisierbaren. Bericht aus italienischen Gewerkschaften, in: *Das Argument*, Heft 256
- Detje, Richard; Pickshaus, Klaus; Urban, Hans-Jürgen (Hrsg.) (2005): *Arbeitspolitik kontrovers. Zwischen Abwehrkämpfen und Offensivstrategien*, Hamburg
- Dörre, Klaus (2005): Wiederkehr der Unsicherheit – Konsequenzen für die Arbeitspolitik, in: *Detje u.a.* (2005)
- Foucault, Michel (2001): *Dits et Ecrits. Schriften* Bd. 1, Frankfurt a.M.
- Foucault, Michel (2004): *Geschichte der Gouvernementalität II. Die Geburt der Biopolitik, Vorlesung am Collège de France 1978-1979*, Frankfurt a.M.
- Greffrath, Mathias (2005): Die Jahre danach. Die Linke jenseits von Schröder, Fischer und Lafontaine, in: *Le Monde diplomatique*, September
- Hauer, Dirk (2005): Avantgarde und Nabelschau. Der Weg zu einer Bewegung der Prekären ist für die Linke steinig, in: *Analyse & Kritik* Nr. 498, September
- Haug, Wolfgang Fritz (2003): *High-Tech-Kapitalismus*, Berlin/Hamburg
- Heinrich, Michael (2005): Krise der Arbeitsgesellschaft – Krise des Kapitalismus?, in: Andreas Exner u.a. (Hrsg.), *Losarbeiten – Arbeitslos? Globalisierungskritik und die Krise der Arbeitsgesellschaft*, Münster
- Hirsch, Joachim (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*, Hamburg
- Höpner, Martin (2005): Sozialdemokratie, Gewerkschaften und organisierter Kapitalismus, 1880-2002, in: Paul Windolf (Hrsg.), *Finanzmarkt-Kapitalismus. Analysen zum Wandel von Produktionsregimen*, Wiesbaden

- Jessop, Bob (2005): Macht und Strategie bei Poulantzas und Foucault, *Supplement der Zeitschrift Sozialismus*, Heft 11
- Keynes, John Maynard (1926): Das Ende des Laissez-Faire; (1933): Nationale Selbstgenügsamkeit, beide Texte in: Harald Mattfeldt (1985): *Keynes. Kommentierte Textauswahl*, Hamburg
- Kirchhof, Paul (2004): *Der Weg zu einem neuen Steuerrecht – klar, verständlich, gerecht*, München
- Krasmann, Susanne (2000): Gouvernamentalität der Oberfläche. Aggressivität (ab-)trainieren beispielsweise, in: Bröckling u.a. (Hrsg.) (2000): *Gouvernamentalität der Gegenwart*, Frankfurt a.M.
- Lemke, Thomas (2003): Gesellschaftsanalyse und Kritik im Postfordismus, in: *Frankfurter Foucault-Konferenz 2001*, Frankfurt a.M.
- Lutz, Burkhard (1984): *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a.M.
- Marx, Karl (1953): *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie, (Rohentwurf) 1857-1858*, Berlin
- Marx, Karl (1863/1864): Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses, in: *Marx-Engels-Gesamtausgabe (MEGA)*, Abteilung II, Bd. 4.1, Berlin 1988
- Nordmann, Jürgen (2005): *Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs*, Hamburg
- Roth, Karl Heinz (2005): *Der Zustand der Welt. Gegen-Perspektiven*, Hamburg
- Sauer, Dieter (2005a): *Arbeit im Übergang. Zeitdiagnosen*, Hamburg
- Sablowski, Thomas (2005): Handlungskonstellationen im Shareholder-Kapitalismus, in: *Detje u.a.* (2005).
- Sauer, Dieter (2005b): Entgrenzungen. Arbeitskraft und Arbeitsorganisation im Kapitalismus des Übergangs, in: *Forum Wissenschaft*, Heft 1
- Sauer, Dieter (2005c): Paradigmenwechsel in der Arbeitspolitik. Gibt es noch Spielräume für anti-tayloristische Deals?, in: *Detje u.a.* (2005)
- Sennett, Richard (2005): *Die Kultur des Neuen Kapitalismus*, Berlin
- Streck, Wolfgang (2005): *Vom „kurzen Traum“ zum langen Alptraum?*, MPIfG Working Paper 05/5, Juni
- Vanderborght, Yannick/Van Parijs, Philippe (2005): *Ein Grundeinkommen für alle? Geschichte und Zukunft eines radikalen Vorschlags*. Mit einem Nachwort von Claus Offe, Frankfurt